

Zeitschrift: SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 26 (1986)

Artikel: Demokratisch-soziale Partei (DSP) Basel-Stadt : Ablauf und Bedeutung einer Parteispaltung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-172508>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gerhard Schmid

Demokratisch-soziale Partei (DSP) Basel-Stadt – Ablauf und Bedeutung einer Parteispaltung

Die SP Basel-Stadt ist gegen Ende der siebziger Jahre und zu Beginn der achtziger Jahre mit Auseinandersetzungen zwischen einem «rechten» und einem «linken» Flügel konfrontiert worden, wie das in anderen Kantonen und namentlich Städten auch der Fall war. Im Gegensatz zu anderswo kam es im Kanton Basel-Stadt zu einer Parteispaltung; das könnte auf das Fehlen eines ausgleichenden «Hinterlandes» in der Kantonalpartei und auf die frühere Rolle der SP Basel-Stadt als baselstädtischer «Staatspartei» zurückzuführen sein.

Der neugegründeten DSP gelang es, sich bei den kantonalen und kommunalen Wahlen zu etablieren und auch einen Sitz in der Kantonsregierung zu behaupten. Schwierigkeiten machen der DSP die mangelnde Präsenz auf Bundesebene und das Fehlen geeigneter Koalitionspartner.

Au tournant des années 1970/1980, le parti socialiste de Bâle-Ville a vu se confronter son aile «droite» avec son aile «gauche» comme ce fut le cas dans d'autres cantons et villes. Contrairement à ce qui se passa ailleurs, ces conflits ont abouti à une scission du parti. Ceci pourrait s'expliquer, d'une part, par l'absence d'un «arrière-pays» modérateur du parti urbain, de l'autre, par le rôle particulier du parti dans la politique de Bâle-Ville. Le parti DSP (Demokratisch-soziale Partei), l'aile «droite» scissionniste, réussit à s'affirmer dans les élections cantonales et communales et à garder un siège dans le gouvernement cantonal. En revanche l'inexistence de ce parti sur le plan fédéral et l'absence de partenaires de coalition limitent son action.

I. Zum Parteiensystem des Kantons Basel-Stadt

1. Die politischen Parteien wirken im politischen System des massendemokratischen und pluralistischen Leistungsstaates vornehmlich als Träger des politischen Wettbewerbs in personeller und programmatischer Hinsicht. Als zentrale intermediäre Organisationen üben sie eine eigentliche Mittlerrolle zwischen Volk und Behörden aus und haben so massgebenden Anteil am Vorgang staatlicher Integration.

Im politischen System der Schweiz stellen die politischen Parteien auf Bundesebene eine der wichtigsten Clearingstellen des Ideen- und Interessenausgleiches unseres vielfältig segmentierten Landes dar. Im Bereich der Institutionen unserer direkten Demokratie obliegt ihnen die Vermittlung sachkundiger Information und vertiefter politischer Bewertung, wirken sie als Akteure und Abstimmungshelfer mit.

2. Komplexe Gebilde wie politische Parteien und erst recht Parteiensysteme können nun von der Verschiedenartigkeit der einzelnen jeweils in den Vordergrund gerückten Aspekte, aber auch zufolge des Methodensynkretismus in der politischen Wissenschaft in unterschiedlicher Weise dargestellt und klassifiziert werden.¹ Im Rahmen dieses Beitrages lassen sich für die schweizerischen Parteien und für das schweizerische Parteiensystem folgende Punkte hervorheben: Die schweizerischen Parteien können als «offene Volksparteien» gekennzeichnet werden, die schon im 19. Jahrhundert beachtliche Mitgliederzahlen aufgewiesen haben und so kaum irgendwo als typische Wählerparteien auftreten. Das gewaltenteilige parlamentarische Regierungssystem und die direkte Mitwirkung des Volkes bei der Verfassungs- und Gesetzgebung erlauben ihnen, Teilnahme an der Regierung mit «Bereichsopposition» in Sachfragen und mangelnde Teilnahme an der Regierung mit «Bereichs-Regierungstreue» zu verbinden.

Wahlsystem, föderalistische Ordnung und sozialer Pluralismus haben die Herausbildung eines Vielparteiensystems bewirkt, in welchem auch kleinere Parteien infolge der Initiativ- und Referendumsrechte partiell durchaus beachtliche Einflussmöglichkeiten im Meinungs- und Willensbildungsprozess zu erringen vermochten. Dabei sind Parteien und Parteienwettbewerb – ungeachtet der Parteien-Einreihung im gängigen Links-Rechts-Schema – im allgemeinen in unübersehbarer Weise vom Konkordanzprinzip als dem typischen Konfliktregelungsmuster des schweizerischen politischen Systems geprägt worden.

3. Neben dem Parteiensystem im Bund bestehen nun aber auch vielgestaltige Parteiensysteme in den Kantonen. Diese sind in ihren Grundstrukturen teil-

¹ Vgl. dazu Gerhard Schmid, *Politische Parteien, Verfassung und Gesetz*, Basel 1981, S. 75 ff.

² Vgl. Hans Peter Fagagnini, Die Rolle der Parteien auf kantonaler Ebene, in: *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 1978, S. 78 f.

weise ähnlich wie jenes des Bundes, weichen in anderen Gegebenheiten aber – dabei wieder in von Kanton zu Kanton unterschiedlichem Masse – davon teilweise recht erheblich ab. Übereinstimmung mit der Lage im Bund besteht vor allem im Charakter der Parteien als «offenen Volksparteien», in der grundsätzlichen Ausgestaltung des parlamentarischen Systems und der Institutionen der direkten Demokratie mit nicht starr ausgeprägten Rollen von Regierungs- und Oppositionspartei sowie in der konkordanzdemokratischen, häufig auch auf der Einhaltung eines freiwilligen Proporz mitberuhenden Ausrichtung.

Unterschiede zum Bund ergeben sich einmal – vor allem in den kleineren Kantonen – in einer grösseren Einfachheit der Verhältnisse, in geringerer Komplexität der Probleme und der politischen Organisation², in der noch ausgeprägteren Führung der Parteien durch Milizpolitiker³ und in der teilweise erheblich geringeren Ausdifferenzierung von politischen Rollen⁴, so dass schliesslich der Sonderfall des «Ein- oder Keiparteiensystems» von Appenzell-Innerrhoden als bloss «embryonales» Parteiensystem bezeichnet werden kann.⁵ Für alle Kantonalparteien darf ferner gelten, dass sie zwar regional in Bezirks-, Orts- oder Quartiersektionen untergliedert sind, die Kantonalpartei aber im Vergleich mit der Bundespartei gegenüber ihren «Untereinheiten» deshalb mehr Gewicht hat, weil der gesamte Kanton in vielen Fällen der massgebliche Wahlkreis ist und so für die Spitzenpolitiker in der Regel eine starke Stellung in der Kantonalpartei ebenfalls erforderlich macht.⁶

4. Recht unterschiedlich stellen sich die kantonalen Parteiensysteme bezüglich Vielparteiencharakter und dominierenden Rollen einzelner Parteien dar.⁷ Im Kanton Basel-Stadt hat sich ein vergleichsweise fragmentiertes Vielparteiensystem entwickelt.⁸ Dieses Parteiensystem erfährt vor allem in zweierlei Hinsicht eine wichtige Gliederung, nämlich einerseits durch die Einteilung in das Links-Rechts-Schema (das trotz aller berechtigten Relativie-

3 Vgl. dazu die Übersicht über die voll-, teil- und nebenamtliche Führung der Sekretariate kantonalen Parteien bei Fagagnini (s. Anm. 2), S. 91.

4 Vgl. Fagagnini (s. Anm. 2), S. 86 f., und – nicht speziell auf Parteien bezogen – Hans Geser / François Höpflinger, Staatsverwaltung und Sozialstruktur: Ein Vergleich zwischen vier Kantonen, in: *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 1977, S. 111 ff.

5 Vgl. Roger Girod, Le système des Partis en Suisse, in: *Revue française de science politiques* 1964, S. 212, und Jürg Steiner, Typologisierung des schweizerischen Parteiensystems, in: *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 1969, S. 24 f.

6 Vgl. Fagagnini (s. Anm. 2), S. 91.

7 Vgl. Fagagnini (s. Anm. 2), S. 77 ff.

8 Zur Entwicklung des baselstädtischen Parteiensystems vgl. detaillierter Walter Lüthi, Parteien, in: Lukas Burckhardt, René L. Frey, Georg Kreis, Gerhard Schmid (Hrsg.), *Das politische System Basel-Stadt*, Basel 1984, S. 320 ff.

Im Zusammenhang mit diesem Artikel ist die Geschichte der Spaltung der SP von 1921 von Interesse: vgl. dazu Andreas Staehelin, Basel in den Jahren 1905 bis 1945, in: *Das politische System Basel-Stadt* (s. oben), S. 69 und 72.

rung und Differenzierung das politische Leben des Kantons stark mitprägt), andererseits durch die Unterscheidung von Regierungsparteien und von in der Regierung nicht vertretenen Parteien.⁹

Im 20. Jahrhundert hat sich ein gewisses labiles Gleichgewicht zwischen «Linksparteien» und «bürgerlichen Parteien» herausgebildet.¹⁰ Unter den Linksparteien verfügt dabei die SP über das mit Abstand grösste Gewicht, ja, sie nahm über Jahrzehnte die Stellung einer eigentlichen «Staatspartei» ein, wie man sie im Bunde der FDP zugeschrieben hatte. Erst die hier zu erörternde Abspaltung des traditionell-gewerkschaftlichen Flügels durch die Gründung der DSP hat eine neue Konstellation entstehen lassen, ohne dass die Führungsrolle der SP beseitigt worden wäre. Zur Linken der SP stehen radikalere Kräfte. Unter diesen haben nun eindeutig die POB die Spitzenposition errungen, während die PdA schwerwiegende Einbrüche erlitten hat (vgl. im Detail den Nachweis der Parteistärken, Tab. 1 und 2; zu den verwendeten Abkürzungen der Parteinamen vgl. Tab. 1).

Den Kern des «bürgerlichen Lagers» bilden die FDP und die LDP. Von diesen beiden Parteien ist die FDP grösser, die LDP etwas stärker auf konservative Gesinnung und Vertretung wirtschaftlicher Interessen ausgerichtet. Die CVP nimmt als «zugewandter Ort» teilweise Scharnierfunktionen zum «linken» Lager wahr. Dies gilt in letzter Zeit in deutlich ausgeprägtem Masse für die VEW. Der LdU gehört traditionell ebenfalls zu diesem Mittelfeld, lässt im Kantonsparlament jedoch in den letzten Jahren einen akzentuiert «grün-roten touch» erkennen. Eine eher unbedeutende Rolle haben die Parteien der radikalen Rechten (zur Zeit NA) gespielt.

Die «klassischen» Regierungsparteien mit «Zauberformel»-ähnlichen Aufteilungen der Regierungssitze sind SP (und DSP) einerseits, FDP, LDP und CVP andererseits.¹¹ Die Übernahme von Regierungsfunktionen prägt die parlamentarische und ausserparlamentarische Arbeit dieser Parteien, öffnet ihnen wirkungsvolle Kanäle der Beeinflussung von Regierung und Verwaltung, schränkt aber auch ihre Bereitschaft ein, die für die politischen Systeme unseres Landes typische Fall-zu-Fall-Oppositionsrolle («Bereichs-

9 Vgl. zur Bedeutung dieses Faktors Fagagnini (s. Anm. 2), S. 81, und Lüthi (s. Anm. 8), S. 327.

10 Zur auffälligen «Pflege» dieses Gleichgewichts durch die Aktivbürger über Jahrzehnte hinweg vgl. Staehelin (s. Anm. 8), S. 65 f. und S. 82 ff., sowie Georg Kreis, Basel in den Jahren 1945 bis 1970, in: *Das politische System Basel-Stadt* (s. Anm. 8), S. 107 f.

11 Im Jahre 1950 wurde die zwischen 1935 und 1950 vorhandene «rote Mehrheit» in der Regierung durch eine baselstädtische «Zauberformel» (3 SP, 2 FDP, je ein CVP und LDP) abgelöst.

Diese geriet in den siebziger und achtziger Jahren bezüglich der drei SP-Sitze in innerparteiliche Turbulenzen, welche in diesem Artikel zu schildern sind. Die Wahlen des Jahres 1984 mit der Einsitznahme zweier SP-Vertreter (Feldges und Gysin) neben dem DSP (früheren SP-) Regierungsrat Karl Schnyder wurden von vielen (mindestens ausserhalb der SP) als eine Anpassung dieser Zauberformel an die Spaltung der SP betrachtet. Zu den Regierungsratswahlen der letzten Jahrzehnte vgl. Staehelin (s. Anm. 8), S. 74 f., Kreis (s. Anm. 10), S. 108 f., und Lüthi (s. Anm. 8), S. 327 ff.

Tabelle 1: Aktuelle Stimmenanteile und Mandatsverteilung der Parteien, Basel-Stadt

Parteien	Nationalrat (1983)		Grosser Rat (1984)		Reg.-Rat		Ständerat		Bürgerrat		Gemeinderat Riehen	
	Wählerzahlen		Sitze		Wählerzahlen		Sitze		Weiterer		Engerer	
	Grundzahlen	%	Grundzahlen	%	Grundzahlen	%	Grundzahlen	%	Grundzahlen	%	Grundzahlen	%
LDP	5 173	8,3	5 575	10,1	15	1	7	2	7	1	7	1
FDP	8 414	13,5	8 196	14,9	21	2	7	1	7	2	7	2
CVP	6 159	9,9	6 555	11,9	15	1	6	2	6	1	5	1
SP	19 263	30,9	10 960	19,9	28	2	7	2	7	5	5	1
DSP	1 905	3,1	4 494	8,2	11	1	2	2	2	3	3	
NA	3 298	5,3	3 126	5,7	7		2		2			
VEW	2 978	4,8	4 549	8,3	10		3		3		9	2
LdU	4 379	7,0	2 993	5,4	5		3		3		1	
POB	7 430	11,9	4 918	8,9	15		2		2		3	
PdA	1 421	2,3	1 407	2,6	3		1		1			
Grüne	1 098	1,8	988	1,8								
SAP	592	1,0	472	0,9								
Verschiedene	129	0,2	769	1,4								
	62 239	100,0	55 002	100,0	130	7	1		40		7	7
<i>Abkürzungen</i>												
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei					PdA	Partei der Arbeit					
DSP	Demokratisch-Soziale Partei					POB	Progressive Organisationen Basel					
FDP	Freisinnig-demokratische Partei					SAP	Sozialistische Arbeiterpartei					
LDP	Liberal-demokratische Partei					SP	Sozialdemokratische Partei					
LdU	Landesring der Unabhängigen					VEW	Vereinigung Evangelischer Wählerinnen und Wähler					
NA	Nationale Aktion für Volk und Heimat											

Quelle: Lüthi (s. Anm. 8), S. 328/332 (unter Einfügung der Wahlergebnisse 1985 für Riehen)

opposition») wahrzunehmen. Die in der Regierung nicht vertretenen Parteien haben natürlich weniger Mitwirkungsmöglichkeiten, können aber etwas freier handeln. Hievon machen naturgemäss die «Oppositionsparteien» der radikalen Linken und Rechten akzentuierter Gebrauch als die «Scharnierparteien» in der Mitte des politischen Spektrums.

Tabelle 2: Stimmenanteile und Mandate der Parteien bei den Grossratswahlen 1976 und 1980, Basel-Stadt

Parteien	1980		1976	
	Anteil in %	Mandate	Anteil in %	Mandate
LPD	13,9	18	14,8	19
FDP	15,3	22	12,7	18
CVP	13,2	18	12,6	16
SP	26,8	37	28,6	39
NA	3,8	4	6,8	9
VEW	7,0	7	5,9	6
LdU	5,3	5	6,7	8
POB	9,1	13	5,5	7
PdA	4,5	6	5,3	8

Quelle: Rolf Schenk, Grossrats- und Regierungsratswahlen 1980: Schichtwechsel in der Opposition, in: Basler Stadtbuch 1980, S. 60 ff.

II. Spannungen innerhalb der SP Basel-Stadt und Parteispaltung: Von der ASG (Aktionsgemeinschaft Sozialdemokraten und Gewerkschafter) zur DSP (Demokratisch-Soziale Partei)

1. Die Spaltung der SP Basel-Stadt und die Gründung der DSP Basel-Stadt im Jahre 1982 hat ihre Ursachen und ihre Vorgeschichte. Die Ursachen lassen sich – wie noch zu zeigen sein wird – in sachliche und personelle unterteilen; die Vorgeschichte reicht einerseits wohl bis zu den Regierungsratswahlen 1972 und 1976 zurück, spielt sich dann aber gedrängt und mit einer gewissen Dramatik vor allem zwischen 1980 und 1982 ab.

Spannungen im Umfeld von Regierungsratswahlen haben in der SP Basel-Stadt seit den siebziger Jahren eine Tradition. Bei den Regierungsratswahlen 1972 kandidierte neben den bisherigen SP-Regierungsräten Max Wullschlegler, Franz Hauser und Dr. Edmund Wyss als «wilder», von der Parteilinie nach links ausscherender Kandidat der Rektor der Sonderschulen, Felix Mattmüller.¹² Dieser Alleingang hatte keinen Erfolg. Mattmüller wurde von seinem Quartierverein aus der Partei ausgeschlossen, fand aber bald wieder Aufnahme in einem anderen Quartierverein.

¹² Vgl. *Basler Stadtbuch* 1973, 93. Jahr, mit Nachtrag zur Chronik des 93. Bandes, September bis Dezember 1972, S. 204 ff.

Im Jahre 1976 demissionierten dann die bisherigen Regierungsräte Wullschleger und Hauser. Die SP Basel-Stadt nominierte als ihre Nachfolger die beiden Nationalräte und Gewerkschaftsfunktionäre Helmut Hubacher und Karl Schnyder. Ein gegen die Wahl von Hubacher gerichtetes Komitee portierte in Folge für den notwendig gewordenen zweiten Wahlgang als Gegenkandidaten zu Hubacher einen der innerhalb der SP unterlegenen Bewerber, den Vorsteher des Arbeitsamtes Dr. Hans Rudolf Schmid. Dieser wurde von der SP sofort ausgeschlossen, aber im zweiten Wahlgang mit rund 3000 Stimmen Vorsprung auf Hubacher gewählt.¹³

2. Im Vorfeld der Regierungsratswahlen 1980 brachen innerhalb der SP schon im Sommer 1979 Flügelkämpfe um die Wiederwahl von Polizeidirektor Schnyder aus.¹⁴ Diese entzündeten sich vor allem an Meinungsverschiedenheiten über Polizeieinsätze. Schnyder erhielt zwar Sukkurs durch eine «Loyalitätserklärung der 72»; gleichzeitig wurde aber offen seine Nichtnominierung gefordert. Die erneute Aufstellung von Schnyder erfolgte nur knapp und erst nach heftigen Auseinandersetzungen. Neben den bisherigen Schnyder und Wyss wurde der «wilde» Kandidat von 1972, Felix Mattmüller, zur Rückeroberung des 1976 an den dissidenten Sozialdemokraten Dr. H. R. Schmid verlorenen Mandates ins Rennen geschickt, unterlag jedoch im 2. Wahlgang deutlich. Dass Mattmüller auch parteiintern keine geschlossene Gefolgschaft fand, machten aus Kreisen der Sozialdemokratie heraus erwachsene Sonderaktionen für seine Mitbewerber Wyss und Schnyder unmissverständlich klar.¹⁵

3. Die Auseinandersetzungen innerhalb der SP Basel-Stadt um die Person von Karl Schnyder und um die Polizeieinsätze «seines» Departementes – ein Thema, das zu jener Zeit der «Zürcher Krawalle» ganz ausgesprochen «politische Konjunktur» aufwies – hatte zuerst im Rahmen der «Loyalitätserklärung der 72», dann in den erwähnten Aktivitäten des «Aktionskomitees für die soziale Demokratie» eine gewisse organisatorische Verfestigung der «Rechten» innerhalb der Partei zur Folge.

In den nächsten zwei Jahren laufen nun zwei eskalierende Entwicklungen ab, die durchaus unterschieden werden müssen, aber dennoch durch unverkennbare Verknüpfungen und gegenseitige Rückwirkungen miteinander verbunden blieben – nämlich die Differenzen zwischen Regierungsrat Karl Schnyder und einer Mehrheit der SP Basel-Stadt einerseits, die Herausbildung einer parteiinternen «Opposition» mit eigenen Strukturen andererseits.

13 Vgl. Max Wullschleger, Basler Wahlfrühling 1976, in: *Basler Stadtbuch 1976*, S. 59 ff.

14 Vgl. Rolf Schenk, Grossrats- und Regierungsratswahlen 1980, in: *Basler Stadtbuch 1980*, S. 71 f.

15 Vgl. dazu den Entscheid des Parteischiedsgerichts der SP Basel-Stadt vom 25. September 1980.

Karl Schnyder wurde nach der polizeilichen Räumung besetzter Häuser an der Ryffstrasse einer massiven Kritik der Parteileitung unterzogen. Parteipräsident Dr. Mathias Feldges wandte sich in einem sechsseitigen geharnischten Schreiben vom 28. August 1980 an Schnyder, kritisierte die Polizeieinsätze der letzten Zeit und erklärte «klipp und klar», dass «auch meine Geduldreserven begrenzt seien» und dass Schnyder im Wiederholungsfalle mit dem Entzug seiner Unterstützung zu rechnen habe. Dieses Schreiben wurde von den Nationalräten Euler, Gerwig und Hubacher, vom Präsidenten der Grossratsfraktion Gantenbein, vom Präsidenten des Gewerkschaftskartells Walter und von der Vizepräsidentin der Kantonalpartei, Barbara Zimmermann, mitunterzeichnet, gleichzeitig parteiintern breit gestreut und so auch – wohl mit bewusstem Risiko – publik gemacht.

4. Der «rechte» Parteiflügel organisierte sich im September 1980 in der «Aktionsgemeinschaft Sozialdemokraten und Gewerkschafter» (ASG).¹⁶ Diese umfasste – bei etwa 1500 Mitgliedern der SP – rund 500 Mitglieder und Sympathisanten, darunter die Regierungsräte Wyss und Schnyder, die Alt-Regierungsräte Hauser und Wullschleger, Ständerat Miville sowie 18 der 37 Grossräte. In den Folgemonaten ergaben sich Auseinandersetzungen über Selbstverständnis und Aktionsweise der ASG; insbesondere führte die Herausgabe von Stellungnahmen und Parolen der ASG zu Wahlen, Abstimmungen und parteiinternen Fragen zu Unmut in der Kantonalpartei.¹⁷ Ein Vergleichsvorschlag des mittlerweile eingeschalteten Parteischiedsgerichts, wonach die ASG auf diese Form von Öffentlichkeitsarbeit verzichtet, die Geschäftsleitung dafür die ASG als Meinungsgruppe innerhalb der Partei und als Dialogpartner anerkannt hätte, scheiterte an der ausbleibenden Ratifikation seitens der ASG.¹⁸

5. Der im Herbst 1980 offenkundig gewordene Bruch zwischen Regierungsrat Karl Schnyder und der Parteileitung liess sich im Verlauf des Winters 1980/1981 nicht mehr kitten. Schnyder trat am 22. Mai 1981 aus der Partei aus.¹⁹ Sein Rücktrittsschreiben machte insbesondere geltend, dass er es den Mitarbeitern seines Departementes «nicht mehr länger zumuten (könne und

16 Vgl. zu dieser Gründung und zur weiteren Entwicklung Roger Blum, Ist die Basler SP der Spaltung näher denn je?, in: *Tages-Anzeiger* vom 19. Februar 1982, S. 5.

17 Die organisatorische Verfestigung parteiinterner Opposition ist in aller Regel ein besonders heikler Punkt, in welchem es sich stets wieder erweist, dass die integrale Übertragung staatlicher Demokratievorstellungen auf die Verfahren parteiinterner Meinungs- und Willensbildung nicht zu zulänglichen Ergebnissen führt.

Vgl. zu dieser Problematik Klaus von Beyme, Parteien in westlichen Demokratien, München 1982, S. 276 ff., Joachim Raschke, Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien, Opladen 1977, passim, insbesondere S. 193 ff., und Gerhard Schmid (s. Anm. 1), S. 142 ff.

18 Vgl. *Vergleichsvorschlag des Parteischiedsgerichts* der SP Basel-Stadt vom 19. Mai 1981.

19 Vgl. zu Vorgeschichte und Hintergründen dieses Parteiaustritts, Rudolf Messerli, Zwist in der Basler SP, in: *Basler Stadtbuch* 1981, S. 81 ff.

wolle), von der Partei ihres eigenen Vorstehers öffentlich angegriffen und diskreditiert zu werden». Die Hauptversammlung der ASG wandte sich hierauf am 26. Mai 1981 mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in welcher sie Schnyder «ihre volle Solidarität» erklärte und ihn ihrer weiteren Unterstützung «als der ganzen Bevölkerung verpflichteter Regierungsrat» versicherte.

6. Der Parteiaustritt Schnyders führte zu keiner Beruhigung in den innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SP Basel-Stadt. Diese dauerten in der Parteiarbeit, in der Arbeit der Grossratsfraktion und in der Öffentlichkeit an. Der Versuch, mit einer betonten Fraktionsdisziplin im Grossen Rat ein einheitliches Vorgehen zu erzielen, hatte stets neue Konflikte zur Folge, da (auch) die sachpolitischen Einstellungen der Parteimehrheit und der Exponenten der ASG divergierten.

Die Delegiertenversammlung der SP Basel-Stadt vom 17. Februar 1982 beschloss schliesslich auf Antrag der Parteileitung, gegen ASG-Mitglieder dann Ausschlussverfahren einzuleiten, falls diese keine Loyalitätserklärungen abgeben würden, wenn die Parteileitung statutenwidriges Tun solcher Mitglieder feststellen sollte.²⁰ Nachdem die Grossratsfraktion etwas später im Zusammenhang mit einer wichtigen Abstimmung zur «Nordtangente» entgegen den Ergebnissen der vorangegangenen Fraktionssitzung nicht geschlossen auftrat, erklärte Fraktionspräsident Georg Gantenbein seinen sofortigen Rücktritt.

7. Im Anschluss daran kamen nun Ausschlussverfahren gegen Exponenten der ASG in Gang, und zwar vorerst gegen die Grossräte Hans-Peter Bertschmann, Peter Müller und Adolf Knecht sowie gegen den «Chefideologen» der ASG, Alfredo Fabbri. Hierauf traten 15 der 37 Grossräte der SP aus ihrer Fraktion aus und bildeten Ende März 1982 eine eigene Fraktion.²¹ Weitere Ausschlüsse und Austritte aus der Partei folgten nach. Zu Beginn Juni übernahm Gantenbein wiederum das Präsidium der SP-Fraktion im Grossen Rat. Am 29. Juni 1982 erfolgte die Gründung der Demokratisch-Sozialen Partei (DSP) Basel-Stadt. Zu dieser stiessen mit einigen Ausnahmen – darunter Ständerat Carl Miville auf Dauer, Regierungsrat Dr. Edmund Wyss lediglich auf Zeit – alle wichtigen Exponenten der ASG, mit Einschluss des im Vorjahr aus der SP ausgetretenen Regierungsrates Karl Schnyder.

8. Der Parteispaltung von 1982 liegen verschiedene Ursachen zugrunde. In der Sachpolitik zeigten sich unterschiedliche Grundhaltungen bezüglich der Polizeieinsätze, hinsichtlich der Einstellung gegenüber wirtschaftlichen Problemen, bei den finanzpolitischen Vorstellungen, aber auch in den Bereichen der Verkehrs-, Bau-, Energie- und Umweltpolitik. In der Mitgliederstruktur

²⁰ Vgl. dazu Blum (s. Anm. 16), S. 5.

²¹ Für Berichte, Interviews und Kommentare zu dieser Fraktionspaltung vgl. *Basler Zeitung* vom 26. und 27. März 1982.

der SP machte sich zunehmend der «Marsch der 68er durch die Institutionen» bemerkbar, brachen Spannungen zwischen «Intellektuellen» und «Arbeitern» auf, führte der respektlose bis leicht unflätige, dem früheren Stil entgegengesetzte Umgang mit Magistraten zu Belastungen, machten sich schliesslich ausgeprägte persönliche Animositäten bemerkbar.

9. Die SP Basel-Stadt hatte sich, so besehen, mit den gleichen Problemen auseinanderzusetzen, die anderen städtischen Organisationen der SP ebenfalls beschert wurden. Welches sind denn nun – wenn man nicht den historischen Zufall (allein) bemühen will – die baselstädtischen Spezifika, welche im Gegensatz zur Entwicklung anderswo bis zur formellen Parteispaltung geführt haben? Es können hierfür vielleicht zwei Elemente benannt werden:

Zum einen fehlte es der SP Basel-Stadt in der beengten Lage ihres Stadtkantons an einem ausgeglicheneren und ausgleichenden Hinterland, an einer etwas weniger urbanen und etwas weniger hektischen, eskalierenden Art von Konfliktbewältigung. Es ist bemerkenswert, dass die benachbarte basellandschaftliche Kantonalpartei in keiner Weise von ähnlichen Turbulenzen ergriffen wurde, aber auch nicht zur Dämpfung solcher Ausbrüche beitragen konnte, wie das in Flächenkantonen möglich war und ist.

Zum zweiten war die SP Basel-Stadt wegen ihrer Erfolge seit den dreissiger Jahren so etwas wie die baselstädtische «Staatspartei» geworden, spielte eine ähnliche Rolle wie der Freisinn bis 1959 auf Bundesebene. Die 68er-Anfechtungen fanden so nicht in einer in «Opposition» stehenden Partei statt, sondern in einer mächtigen, schwergewichtig im Regierungs- und Verwaltungsapparat wirkenden Partei. Dass dabei Polizei und Polizeidepartement als augenfällige Verkörperung der Macht dieses Staates seit Jahrzehnten fest in der Hand der SP waren, brachte einen Zündstoff in diese Auseinandersetzungen, wie er in anderen Kantonalparteien nicht vorhanden war.

III. Die DSP und ihre Stellung innerhalb des Parteiensystems des Kantons Basel-Stadt

1. Die Gründung der DSP Mitte 1982 liess der neugegründeten Partei noch ein gutes Jahr Zeit für die organisatorische und programmatische Vorbereitung der Nationalratswahlen im Herbst 1983 bzw. der Gross- und Regierungsratswahlen zu Jahresbeginn 1984. Der DSP gelang es, um 300 Mitglieder (davon rund 15 Prozent Frauen) zu rekrutieren; demgegenüber wies die SP einen Mitgliederbestand von 1200 (davon rund 33 Prozent Frauen) auf.²² Zwei Drittel der DSP-Mitglieder traten von der SP über; die zur SP Übergetretenen stellten jedoch nur einen Drittel der im massgeblichen Zeitraum aus der SP Ausgetretenen dar, d. h. die Mehrheit der im Gefolge der parteiinter-

²² Vgl. Lüthi (s. Anm. 8), S. 330, Tabelle 3.

nen Auseinandersetzungen Ausgetretenen – insbesondere ältere Personen – schloss sich nicht einer anderen Partei an. Die DSP gliedert sich in vier Sektionen (analog den Grossratswahlkreisen). Als ihre Leitungsorgane fungieren ein 38 Personen umfassender Vorstand sowie eine fünfzehnköpfige Geschäftsleitung. Die Mitglieder der DSP rekrutieren sich vorwiegend aus mittleren und unteren Arbeitnehmern, vornehmlich seitens des Staatspersonals, verfügt somit auch über eine nicht unbeträchtliche Verankerung in Teilen des VPOD.²³

In programmatischer Hinsicht verabschiedet die Mitgliederversammlung der DSP im Zeitraum März/April 1983 «Politische Grundsätze».²⁴ Diese Grundsätze stehen auf der Basis des Winterthurer Parteiprogrammes der SP Schweiz von 1959. Danach wird eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in der Schweiz zugunsten der Arbeitnehmer sowie die Einführung demokratischer Strukturen in der Wirtschaft angestrebt. In einer gewissen Abhebung von der aktuellen Politik der SP setzt sich die DSP zudem für ein qualitatives Wachstum und für einen freien, schöpferischen und leistungsfördernden Wettbewerb ein.

2. Ihre erste Bewährungsprobe, die Nationalratswahlen 1983, bestand die DSP nicht. Obwohl sie mit einer personell geschickt zusammengestellten, Kandidaten von beachtlicher Qualität aufweisenden Liste in den Wahlkampf getreten war, erreichte sie lediglich enttäuschende 3,1 Prozent der Stimmen (gegenüber 30,9 Prozent der Stimmen, welche die SP auf sich zu vereinigen mochte).²⁵ Die Erringung eines der sechs baselstädtischen Nationalratsmandate hatte so in weiter Ferne gelegen.

Die DSP war bezüglich der Nationalratswahlen 1983 vor einem eigentlichen Dilemma gestanden. Einerseits schien von vornherein klar, dass diese Wahlen für die DSP als Partei ohne ernsthafte Einflussmöglichkeiten auf Bundesebene ein höchst ungünstiges Terrain abgeben mussten, ja es war sogar zu befürchten, dass ein schlechtes Ergebnis auf die Gross- und Regierungsratswahlen 1984 durchschlagen könnte, andererseits wäre die Strategie, bei den Nationalratswahlen zu «kneifen», wohl nicht weniger problematisch gewesen.

3. Die DSP liess sich von den Ergebnissen der Nationalratswahlen 1983 nicht entmutigen. Sie ging mit grossem Einsatz und in vollem Bewusstsein des «Ernstes der Lage» an die Gross- und Regierungsratswahlen vom 28. Januar 1984 heran.²⁶ Für den Grossen Rat wurden 100 Kandidaten (bei 130 Sit-

23 Vgl. Urs Hobi, DSP in den Startlöchern, in: *Basler Zeitung* vom 30. März 1983, S. 23, und Lüthi (s. Anm. 8), S. 331.

24 Vgl. dazu Bericht und Kommentar von Urs Hobi (s. Anm. 23), S. 23.

25 Vgl. Manfred Messmer, National- und Ständeratswahlen mit Überraschungen, in: *Basler Stadtbuch 1983*, S. 141 ff.

26 Vgl. im Detail Berichte und Kommentar von Felix Thomann, Bewährungsprobe, in: *Basler Zeitung* vom 1. Dezember 1983.

zen) nominiert, darunter neun sich zu Wiederwahl stellende und acht frühere, seinerzeit wegen der Amtszeitbeschränkung ausgeschiedene Grossräte. Als Regierungsratskandidat wurde der bisherige Karl Schnyder (1976 und 1980 als Kandidat der SP gewählt) aufgestellt.

Es gelang der DSP, ihr Nationalratswahlergebnis entscheidend zu verbessern. Sie errang 8,2 Prozent der Stimmen und elf der 130 Grossratsitze, während die SP von 26,5 Prozent der Stimmen auf 19,9 Prozent absank und noch 29 Mandate (1980: 37) errang. Bei den Regierungsratswahlen wurden im Wahlgang lediglich die bisherigen Dr. Kurt Jenny (FDP) und Eugen Keller (CVP) gewählt. Die Plätze 3 bis 5 erreichten Prof. Dr. Hansruedi Striebel (FDP, neu), Dr. Peter Facklam (LDP, bisher) und Karl Schnyder (DSP, bisher) mit Stimmenzahlen zwischen 25 000 und 28 000. Mit deutlichem Abstand folgten in einem Band von 2500 Stimmen in dieser Reihenfolge Dr. Hanspeter Mattmüller (VEW, neu), Dr. Mathias Feldges (SP, neu), Dr. Remo Gysin (SP, neu), Dr. Hansruedi Schmid (parteilos, dissidenter SP, bisher) und Linda Stibler (SP, neu). Vor dem zweiten Wahlgang vom 24./26. Februar 1984 mehrten sich im bürgerlichen Lager die Stimmen, wonach der SP wenigstens eine Zweiertvertretung zugestanden werden sollte, sodass mit Einschluss von Schnyder die alte «Zauberformel» von 1950 mit vier «Rechten» und drei «Linken» wiederhergestellt würde.²⁷ So kam es denn, dass im zweiten Wahlgang in dieser Reihenfolge Schnyder, Striebel, Facklam, Feldges und Gysin gewählt wurden. Die Zeche bezahlten – neben der dritten SP-Kandidatin Linda Stibler – der bisherige Schmid sowie der nach dem ersten Wahlgang vor Feldges und Gysin liegende VEW-Kandidat Mattmüller.

4. Die seitherigen Wahlergebnisse bestätigen den Eindruck, dass sich der Stimmenanteil der DSP bei Proporzahlen bei etwa 8 Prozent einpendeln könnte. Bei Majorzwahlen gelingt es der DSP – angesichts der fehlenden Einbindung in Koalitionen²⁸ – nur von Fall zu Fall, erfolgreich zu agieren. Schwierig ist es für die DSP insbesondere dort, wo sie nicht mit Bisherigen, von der SP übergetretenen Mandatsinhabern antreten kann. Das gilt für die unterschiedlichen Ergebnisse bei den Richterwahlen der Jahre 1982 und 1985 und für den erfolglosen Versuch, in die Rieherer Gemeindeexekutive einzuziehen. Hingegen konnte die DSP in den Wahlen in Riehen vom 9. Februar 1986 mit einem Stimmenanteil von 8,0 Prozent drei der 40 Sitze im Gemeindeparlament erringen (SP: 13,8 Prozent der Stimmen, fünf Sitze).

5. In sachpolitischer Hinsicht bestätigt sich sowohl bei der Analyse der Arbeit von SP und DSP im Grossen Rat als auch bei der Durchsicht der Parolenausgaben, dass DSP und SP bei traditionellen, gewerkschaftlichen Themen

27 Vgl. Arnold Schneider, Stabilität und Überraschung, Grossrats- und Regierungswahlen 1984, in: *Basler Stadtbuch* 1984, S. 25 ff.

28 Vgl. Urs Rist, Richterwahlen: DSP zwischen den Koalitionen, in: *Basler Zeitung* vom 12. September 1985, S. 27.

nahe beieinander stehen, während «neue», «postmaterialistische», «alternative» Thesen bei der DSP im Gegensatz zur SP keinen Widerhall finden. Eher Übereinstimmung ist so festzustellen bei Fragen wie Multifusion der OeKK, Lohnvorlagen für das Staatspersonal, kantonale Berufsbildungsinitiative, Aufhebung der Bundessubventionen für Ausbildungsbeiträge und anderem. Andere Stellungnahmen ergeben sich bei Baufragen (Nordtangente, Wettsteinbrücke, Einzonung Giornicostrasse, Bachlettendreieck), im Energiebereich (Energie- und Atominitiative) oder in der Verkehrspolitik (Masterplan Bahnhof SBB, Beteiligung an der Crossair), bemerkenswerterweise aber auch in institutionellen Fragen (Proporzwahl der Gerichte und der Regierung).

6. Die DSP hat es im baselstädtischen Parteienspektrum nicht ganz einfach, ihren Platz zu finden und entsprechende Unterstützung von ausserhalb zu gewinnen. Ihrem Selbstverständnis und ihrem Herkommen nach versteht sie sich als linke Partei. Eine Zusammenarbeit mit der SP hat sich bisher aber nicht angebahnt. Abweichende Meinungen in der Sachpolitik, aber noch viel ausgeprägter persönliche Animositäten und strategische Überlegungen (man will nicht zur «Hoffähigkeit» der DSP im hartumkämpften «Markt» des linken Wählerpotentials beitragen) verhinderten bisher selbst eine begrenzte Abstimmung der beiden Partner trotz Berührungspunkten in der Gewerkschaftsarbeit. Die SP spannt heute – etwa bei den Richterwahlen – eher mit der POB zusammen als mit der DSP.

Eine gewisse selektive Unterstützung einzelner Kandidaten der DSP ist ab und zu seitens FDP, LDP und CVP zu verzeichnen. Das scheint aber nur dann der Fall zu sein, wenn diese Parteien ihr eigenes «Heu bereits eingefahren» haben und der SP einen «Denkzettel verpassen» wollen. Grenzen dieser Zusammenarbeitsbereitschaft sind jedoch rasch spürbar. Diese Parteien haben an der DSP nur insoweit ein Interesse, als sie halbwegs plausibel dem «linken Lager» zugerechnet werden kann und vor allem nicht Wähler im Bereich der linken Flügel von CVP und FDP abzuziehen beginnt.

Eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien steht auch nicht an. VEW und LdU böten sich zwar für eine «Strategie der Mitte» an, gehen aber gerade in den Bereichen der Energie-, Bau- und Verkehrspolitik teils ausgeprägt andere Wege als die DSP²⁹; die Parteien der extremen Linken und Rechten sind zu weit von der DSP entfernt, selbst wenn bei den Wählern der DSP offenbar eine gewisse «kleinbürgerliche Affinität» zur NA festzustellen ist (vgl. nachstehend Ziff. 7).

7. Die vorstehend vorgetragenen Überlegungen zum Standort der DSP im baselstädtischen Parteienspektrum werden durch eine detaillierte Panaschierstimmen-Analyse der Grossratswahlen von 1984 durch Rudolf Burger weitge-

²⁹ Insofern scheint mir Fritz René Allemann, 26mal die Schweiz, 4. Auflage 1985, S. 207, die aktuellen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit DSP/VEW/LdU zu überschätzen.

Tabelle 3: Panaschierstimmентаusch unter den Parteien bei den Grossratswahlen 1984

	FDP	PdA	LDP	VEW	SP	LdU	CVP	POB	NA	SAP	DSP	GS	Übrige	Total enthaltene Panaschier- stimmen
FDP	-	58	5 088	2 638	1 860	1 677	2 551	357	507	7	2 932	112	867	18 954
PdA	143	-	35	115	2 295	270	149	1 308	207	128	632	275	437	5 994
LDP	7 612	38	-	1 310	1 150	1 071	1 765	224	541	3	1 354	34	586	16 288
VEW	2 347	52	1 306	-	2 226	1 302	1 089	476	473	13	1 000	89	469	10 842
SP	1 385	577	523	2 399	-	2 262	1 358	5 710	734	379	2 834	1 042	1 556	20 759
LdU	1 920	162	849	1 992	4 290	-	1 198	1 167	804	31	1 511	326	1 033	15 283
CVP	3 407	76	1 712	1 580	2 210	1 351	-	428	587	12	1 859	130	623	13 975
POB	354	629	105	561	8 671	880	428	-	257	500	456	1 294	1 410	15 495
NA	588	17	255	235	619	416	345	135	-	3	656	123	929	4 291
SAP	16	120	2	56	891	84	61	1 300	40	-	86	252	247	3 155
DSP	1 700	114	538	1 007	2 207	785	1 279	317	876	12	-	92	624	9 551
GS	52	41	31	100	804	218	79	1 045	58	101	44	-	575	3 148
Übrige	369	61	140	206	928	343	219	718	638	24	391	153	588	4 778
Total abgegebene Panaschier- stimmen	19 863	1 945	10 584	12 799	28 151	10 659	10 521	13 185	6 022	1 213	13 755	3 872	9 944	142 513

Beispiel: Die FDP hat an die VEW 2347 Panaschierstimmen abgegeben (1. Spalte senkrecht), die VEW umgekehrt an die FDP 2638 (4. Spalte senkrecht).

Quelle: Burger (s. Anm. 30), S. 30

Tabelle 4: Die Beziehungen der Parteien, abgelesen am Panaschierstimm-tausch bei den Grossratswahlen 1984

	FDP	PdA	LDP	VEW	SP	LdU	CVP	POB	NA	SAP	DSP	GS
FDP	-	- 76	+ 277	+ 86	- 47	+ 30	+ 89	- 78	+ 16	- 96	+ 74	- 76
PdA	- 90	-	- 97	- 87	+ 22	- 60	- 79	+ 50	- 44	+ 86	- 31	+ 23
LDP	+ 190	- 84	-	+ 16	- 69	- 18	+ 21	- 86	- 30	- 98	- 22	- 93
VEW	+ 49	- 70	+ 45	-	+ 1	+ 59	+ 28	- 50	+ 1	- 85	- 8	- 77
SP	- 49	+ 147	- 65	+ 41	-	+ 66	+ -4	+ 230	- 8	+ 162	+ 60	+ 129
LdU	+ 42	+ 30	+ 17	+ 136	+ 122	-	+ 71	+ 29	+ 115	- 57	+ 69	+ 44
CVP	+ 21	- 72	+ 15	- 13	- 40	- 3	-	- 74	- 26	- 93	+ 4	- 72
POB	- 86	+ 182	- 92	- 68	+ 137	- 30	- 69	-	- 60	+ 257	- 73	+ 177
NA	- 54	- 85	- 64	- 65	- 61	- 28	- 38	- 81	-	- 93	- 11	- 45
SAP	- 98	+ 81	- 99	- 87	- 12	- 77	- 85	+ 180	- 80	-	- 82	+ 147
DSP	- 16	- 38	- 51	- 19	- 18	- 17	+ 20	- 74	+ 68	- 87	-	- 76
èGS	- 92	- 24	- 88	- 75	- 3	- 34	- 75	+ 164	- 72	+ 229	- 88	-
Übrige	- 17	- 29	- 33	- 54	- 1	+ 26	- 21	+ 59	+ 259	- 16	- 15	+ 57

Die Grundlage für die Tabelle bilden die Werte in der letzten Spalte von Tabelle 3, die = 100 % gesetzt werden. Je nachdem, ob an eine Partei über oder unter diesen Werten liegende Stimmzahlen abgegeben wurden, resultiert eine positive (+) oder negative (-) Prozentzahl. Senkrecht ist abzulesen, wie die Wähler einer Partei die Kandidaten der anderen panaschiert haben. Z. B. haben die Wähler der FDP an die Kandidaten der PdA einen Panaschierstimmenwert abgegeben, der um 90 % unter dem FDP-Durchschnitt liegt. Für die LDP resultierte dagegen von den FDP-Wählern ein Wert, der um 190 % über dem Durchschnitt lag.

Quelle: Burger (s. Anm. 30), S. 30

hend bestätigt.³⁰ Die entsprechende Arbeit (vgl. Tab. 3 und 4) zeigt insbesondere auf, dass die SP-Wähler sich von der DSP ziemlich abgrenzen, insbesondere der POB doppelt so viele Panaschierstimmen «zugehalten» haben als der DSP. Die SP-Spaltung hat, so meint denn auch Burger, nicht nur bei den Parteimitgliedern, sondern auch bei den Wählern stattgefunden. Die Stellung der DSP am rechten Band des linken Blockes (oder im Zentrum) des politischen Spektrums zeigt sich so auch im regen Stimmenaustausch mit anderen Parteien der Mitte, einschliesslich der CVP; dabei steht die DSP allerdings ausserhalb des besonders intensiven Panaschierstimmenaustausches zwischen LdU und VEW. Festgestellt werden kann zudem, dass die NA-Wähler mit ihren Panaschierstimmen vorzugsweise Kandidaten der LdU und der DSP bedacht haben, während die DSP-Wähler die Kandidaten der NA zwar nicht präferenziell, aber doch weniger ungünstig behandelt haben als die Wähler aller anderen Parteien.

IV. Ausblick

Prophezeien ist, wie Werner von Simson einmal bemerkt hat, besonders schwierig, wenn es um die Zukunft geht.³¹ Was wird aus der DSP werden? Erstellt dürfte wohl sein, dass eine Wählerbasis für die DSP in einer Schicht «linker Kleinbürger», von Leuten mit hoher Integration in das bestehende politische System ohne Zugehörigkeit bzw. mit Distanz zum «Establishment», vorhanden ist; ebenso dürfte es richtig sein, dass diese Schicht von der SP Basel-Stadt heute nicht mehr angesprochen wird, und dass es ansehnlicher Veränderungen von Inhalten, Richtung und Stil der Politik der SP Basel-Stadt bedürfte, das wieder anders werden zu lassen. Die SP Basel-Stadt scheint zur Zeit keine ernsthaften Versuche zu unternehmen, dieses Wählerpotential zurückzugewinnen, sondern hat es eher darauf angelegt, die DSP als nicht «richtig linke» Partei erscheinen zu lassen.

Dessen ungeachtet verbleiben für die DSP nicht zu übersehende Handicaps. Darunter ist vorerst die mangelnde Präsenz auf Bundesebene zu nennen, welche die Wirkungsmöglichkeiten dieser Kantonalpartei angesichts der starken Politikverflechtung im heutigen schweizerischen Föderalismus in beachtlichem Masse einengt. Innerhalb des baselstädtischen Parteienspektrums sitzt die DSP zudem bezüglich denkbarer Unterstützung durch andere Parteien in einer Position, die man nicht grundlos als «zwischen allen Stühlen» kennzeichnen dürfte. Es könnte des weiteren sein, dass sich die DSP gerade vom Zuschnitt ihrer Wähler hier auf Dauer mit einer Rolle als Partei ohne Regierungsvertretung (wie VEW und LdU) schwer tun müsste – und die Beibe-

30 Vgl. Rudolf Burger, Stimmen von wem und für wen am besten?, in: *Basler Zeitung* vom 7. März 1984, S. 30 f.

31 Werner von Simson, Zu F. A. vom Hayekts verfassungsrechtlichen Ideen, in: *Der Staat* 1979, S. 403.

haltung dieses Regierungssitzes scheint, wenn der jetzige Amtsinhaber Karl Schnyder einmal nicht mehr zur Verfügung stehen sollte, alles andere als gesichert.

Dass die baselstädtische SP-Parteispaltung gewissermassen ein erstes Vorspiel für das Auseinanderbrechen der SPS sein könnte, ist wohl eher unwahrscheinlich. Die baselstädtischen Auseinandersetzungen spielen sich zwar so oder ähnlich in anderen Organisationen innerhalb der SP ebenfalls ab. Der Schritt von Auseinandersetzungen und Austritten selbst von Gruppen von Mitgliedern zu einer eigentlichen Parteispaltung ist aber zufolge der (durch Volksrechte, Art des Parlamentarismus und föderalistische Struktur des Landes bedingten) eher komfortablen Möglichkeiten zur Pflege von einer «Parteilinie» widersprechender Anschauungen innerhalb einer schweizerischen Partei doch recht gross.

Zur baselstädtischen Parteispaltung haben denn auch baselstädtische Spezifika wie die «Staatspartei-Rolle» der «alten» SP Basel-Stadt sowie der spezifisch urbane Charakter des Stadtkantons ohne ausgleichendes Hinterland beigetragen; das Andauern dieser Parteispaltung mag mittelfristig vielleicht darauf zurückzuführen sein, dass die SP Basel-Stadt das kleinbürgerliche, sehr gemässigt linke Wählerpotential der DSP gar nicht anzusprechen sucht. Solange die SPS nicht gesamtschweizerisch eine ähnliche Strategie verfolgt – was auch der föderalistische Aufbau der schweizerischen Parteien verhindern dürfte, da dies vermutlich ganze Kantonalparteien «vertreiben» könnte –, erscheint der baselstädtische Fall der Parteispaltung kaum verallgemeinerungsfähig.

